

Wandlungen in der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **61 (1969)**

Heft 5

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-354388>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ich habe unter den Gewerkschaftern und unter meinen journalistischen Berufskollegen viele gute Freunde gefunden, auch wenn sich die gegenseitigen Auffassungen nicht immer deckten. Ich fühle mich ihnen zu grossem Dank verpflichtet. Danken möchte ich aber auch den Lesern der «gk» für das vielseitige Interesse, das sie ihr entgegengebracht haben. Ich hoffe, dass sie der «Stimme des Gewerkschaftsbundes» auch weiterhin ein geneigtes Gehör schenken werden.

Eugen Hug

Wandlungen in der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung

In dem «Prager Frühling» von 1968 hatte die Gewerkschaftsbewegung, die freilich damals diesen Namen nicht verdiente, einen hervorragenden Anteil. Bis dahin waren die sogenannten Gewerkschafter nichts als Handlangar des allseits verhassten Regimes Novotny gewesen, in denen die Mitglieder nicht das Geringste zu sagen hatten. Im Frühjahr 1968 hat sich das mit einem Schlag geändert. Die empörten Arbeiter vertrieben die bisherigen, durch die Zusammenarbeit mit dem zusammenbrechenden Regime kompromittierten Funktionäre und ersetzten sie meist durch unbelastete Menschen. Das gelang nicht durchwegs und vor allem nicht an der Spitze: Zum Vorsitzenden der Gewerkschaftszentrale schwang sich der Metallarbeiterfunktionär *Karel Polacek* auf, der im Bewusstsein der tschechischen Arbeiter vor allem als KP-Funktionär und Minister in der Novotny-Aera bekannt war. Es gab gegen seine Ernennung Proteste, die sich aber nicht durchsetzen konnten. Seither hat Polacek, wie zugegeben werden muss, eine Politik betrieben, die auf eine selbständige Stellung der Gewerkschaftsbewegung hinzielt, die sich nicht mehr zum ausführenden Organ der Kommunistischen Partei erniedrigen lassen will.

In den folgenden Auseinandersetzungen haben die Gewerkschaften eine selbständige Haltung eingenommen und eifersüchtig darüber gewacht, dass sie nicht wieder ins Schlepptau der herrschenden politischen Partei genommen werden. Dem Sehnen der Mitgliedschaft nach echten, die Interessen der Arbeiter und nicht die des Regimes wahrnehmenden Gewerkschaften musste weitgehend Rechnung getragen werden. Im Kampf gegen die «brüderliche» Invasion aus den Ländern des Warschauer Paktes standen die Arbeiter in der ersten Reihe und haben sich ein Verdienst daran erworben, dass der Besetzung keine politische Gleichschaltung, keine Kapitulation vor der Sowjetunion und keine Rückkehr zu den Verhältnissen vor dem «Prager Frühling» folgte. Hier hat sich insbesondere die fast eine Million starke Metallarbeiterorganisation unter ihrem neuen Obmann

Vladimir Toman hervorgetan. Einer der entscheidensten Reformer – *Josef Smrkovsky* – war bis dahin als Parlamentspräsident einer der vier leitenden Männer im Staat. Als im Spätherbst 1968 das bisher als Einheitsstaat regierte Land in eine Föderation zwischen Tschechen und Slowaken umgewandelt wurde, tauchten Gerüchte auf, dass man die Umorganisierung dazu benützen wolle, den beim Volk un-
gemein beliebten, aber in Moskau verhassten Smrkovsky aus der leitenden Position zu entfernen. Das bisherige Parlament wurde durch zwei Kammern ersetzt, die in wichtigen Dingen gemeinsam tagen und einen gemeinsamen Präsidenten haben. Die Arbeiter verlangten, dass dieses Amt Smrkovsky vorbehalten werde. Als sie hörten, dass Smrkovsky gezwungen werden solle, aus der Politik abzutreten, erklärte die Metallarbeiterorganisation auf ihrem Verbandstag, sie werde einen Streik ausrufen, falls Smrkovsky nicht Präsident des gemeinsamen Parlaments werde. Diese Stelle wurde aber von den Slowaken in Anspruch genommen – Smrkovsky ist Tscheche – und so kam man schliesslich zu der Kompromisslösung, dass ein Slowake Präsident des gemeinsamen Parlaments wird, Smrkovsky aber erster Vizepräsident und Vorsitzender einer der beiden Kammern. Die Streikdrohung der Metallarbeiter, die eine innenpolitische Krise hervorgerufen hatte, hat zwar ihren Zweck nicht ganz erreicht, aber doch durchgesetzt, dass der populäre Smrkovsky als Garant demokratischer Reformen im politischen Leben an hervorragend sichtbarer Stelle verbleibt. Dieser Erfolg ihres selbständigen Auftretens hat das Selbstbewusstsein der Metallarbeiter gewaltig gehoben.

Anfang März 1969 fand der lange fällige Kongress der tschechoslowakischen Gewerkschaftszentrale statt. Er unterschied sich wesentlich von seinen Vorgängern, denn es war, auch wenn die Regie weitgehend in den Händen der Kommunisten lag, keine blosse Tagung von Ja-Sagern. Etwas fehlte auf diesem Kongress, was bisher zum eisernen Bestand kommunistischer Konferenzen gehört hatte: Es gab keine «brüderlichen Delegierten» anderer kommunistisch-dirigierter Landeszentralen. Die Tschechoslowaken hätten ihre «gewerkschaftlichen Brüder» aus der Sowjetunion und den anderen vier Staaten einladen müssen, die das Land im August 1968 gewaltsam besetzt hatten. Ehe man sich mit diesen an einen Tisch setzte und sie als geehrte Gäste begrüßte, hat man lieber von allen Einladungen abgesehen.

In seinem langen Bericht an den Kongress betonte der Vorsitzende *Karel Polacek* wiederholt die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung als einer selbständigen Kraft und lehnte ausdrücklich die bekannte Theorie vom blossen «Transmissionsriemen» ab, den die Gewerkschaften darstellen sollten, nämlich Überbringer der Aufträge der Kommunistischen Partei zu sein. Freilich war die Unabhängigkeitserklärung mit manchen «Wenn» und «Aber» eingeschränkt. Die Gewerkschaftsbewegung, erklärte Polacek, erkenne die «führende Rolle» der Kommunistischen Partei an, ohne die man im Lande nicht

den «Sozialismus aufbauen» könne. Sie würde nicht in Opposition zur Kommunistischen Partei stehen, deren Aktionsprogramm vom April 1968 sie unterstützen wolle – dieses Programm ist voll von reformerischen Verheissungen. Die Loyalitätserklärungen an die Kommunistische Partei, sahen die Delegierten als etwas unter den gegebenen Umständen Unvermeidliches an, aber worauf sie Wert legten, war die unabhängige Rolle der Gewerkschaftsbewegung. Das ging in den lebhaften Debatten zwischen den Zeilen recht deutlich hervor. So sagte *Vladimir Toman* namens der Metallarbeiter:

«Die Lösung der wirtschaftlichen und politischen Fragen kann nicht aufgeschoben werden. Dazu brauchen die Beschäftigten der Metallindustrie Ruhe, aber nicht Ruhe um jeden Preis, die bereit wäre, die bürgerlichen Freiheiten, die Pressefreiheit usw. zu opfern. Eine solche Ruhe löst nichts und schafft im Gegenteil die Bedingungen für die Wirksamkeit konservativer extremistischer Kräfte... Wir begreifen, dass unsere Ansichten und unsere Haltung einige Politiker nervös machen kann... Wir können auf keinen Fall zulassen, dass in unserem Land eine Zeit unkontrollierter Macht entsteht».

Das sind Töne, die man bisher nicht gehört hatte. Im übrigen war die Debatte vor allem eine Abrechnung mit der traurigen Hinterlassenschaft der Ära Novotny.

Einen breiten Raum in den Debatten nahm die Frage der *Mitbestimmung der Arbeiter* in den Betrieben ein, ein Problem, das es in der Tschechoslowakei vor 1968 nicht geben durfte. Inzwischen sind spontan in etwa 500 Betrieben des Landes «Räte der Werktätigen», von den Arbeitern gewählt, entstanden, die ihren Anspruch auf Mitbestimmung anmelden. Die bisher nicht genau festgelegten Kompetenzen dieser Institution sollen nunmehr in einen von der Bundes-Regierung vorbereiteten Gesetzentwurf über «sozialistische Unternehmen» geregelt werden. Die tschechische Landesregierung hat dazu eine Stellungnahme ausgearbeitet, in der mehr Nachdruck auf die Vertretung des Managerelements in der Verwaltung der Betriebe als auf eine entsprechende Vertretung der Arbeiterschaft gelegt wird. Der Gewerkschaftskongress hat demgegenüber beschlossen:

«Die Teilnahme der Werktätigen an der Leitung und Verwaltung des sozialistischen Unternehmens ist das Grundrecht des sozialistischen Produzenten... Die Räte der Werktätigen sind die höchsten demokratischen Organe der Unternehmensverwaltungen... Der entscheidende Teil der Ratsmitglieder wird aus den Reihen der Belegschaften gewählt... Die Räte sind Organe der demokratischen Selbstverwaltung mit Unternehmerbefugnissen... Sie ernennen den Direktor, berufen ihn ab und entlöhen ihn...»

Wahrscheinlich wird nicht allen diesen Forderungen Rechnung getragen werden. Aber schon, dass sie erhoben und diskutiert werden, ist ein bemerkenswerter Fortschritt.

Auch andere Beschlüsse des Kongresses sind bemerkenswert. So verlangt er Neuwahlen ins Parlament mit folgender Begründung:

«Wir halten es für unsere Pflicht, dafür einzutreten, dass ordnungsgemäße Wahlen in die Vertretungskörperschaften durchgeführt werden, damit sämtliche

führende Funktionen mit Repräsentanten besetzt werden, die das völlige Vertrauen ihrer Wähler genießen und fähig sind, unsere Völker demokratisch zum Sozialismus zu führen»

Die Kühnheit, mit der da an die Herrschenden unmissverständliche Forderungen rein politischer Natur erhoben werden, ist im kommunistischen Herrschaftsbereich ohne Vorbild. Ein vom Kongress angenommenes Programm der Gewerkschaftsbewegung enthält eine Reihe von an die Regierung gerichteter Forderungen sozialpolitischer und wirtschaftlicher Natur. Es verlangt den schrittweisen allgemeinen Übergang zur *Vierzigstundenwoche*. Früher hätte ein kommunistischer Gewerkschaftskongress nie zugegeben, dass die Herrschenden der Arbeiterschaft etwas schuldig geblieben sind.

Gegen *Karel Polacek*, den die Kommunistische Partei im Vorjahr zum Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes gemacht hatte, besteht wegen seiner stalinistischen Vergangenheit immer noch Misstrauen. Mit Begeisterung wurde vom Kongress der Vorschlag angenommen, *Josef Smrkovsky* – der Jahre in kommunistischen Kerkern verbracht hat, während Polacek Minister war – an Stelle Polaceks zum Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes zu wählen. Der wegen seiner unbeugsamen Haltung Moskau gegenüber ungeheuer beliebte Smrkovsky wäre auch bestimmt gewählt worden, wenn er nicht mit Rücksicht auf seine anderen Funktionen auf die Kandidatur verzichtet hätte. Unter diesen Umständen blieb nichts anderes übrig, als Polacek im Amt zu bestätigen. Von 1554 Delegierten besorgten das 1441. Es gab also nicht mehr die berühmte Einstimmigkeit, mit der alles «beschlossen» wird, und es kann auch gesagt werden, dass, von Polacek abgesehen, in die leitenden Körperschaften des Gewerkschaftsbundes durchwegs Funktionäre gewählt wurden, die bisher kein verantwortliches Amt gehabt haben und nicht durch die Vergangenheit belastet waren.

Der Kongress hat auch die bisherigen Statuten durch eine Charta ersetzt, die u. a. ausdrücklich das *Streikrecht* anerkennt. Die ersten drei Artikel dieses Dokumentes lauten:

«Artikel 1. Die tschechoslowakische revolutionäre Gewerkschaftsbewegung ist die freiwillige, einheitliche, demokratische und selbständige interessenwahrende Organisation der Arbeiter und übrigen Werktätigen, die auf föderativer Grundlage von der freiwillig vereinigten tschechischen und slowakischen revolutionären Gewerkschaftsbewegung gebildet wird, in der sich auf Grund des demokratischen Prinzips die Gewerkschaftsverbände zusammenschliessen.

Artikel 2. Die tschechoslowakische revolutionäre Gewerkschaftsbewegung tritt für die politischen, wirtschaftlichen, gesundheitlichen, sozialen und kulturellen Interessen ihrer Mitglieder ein und verteidigt sie. Sie bekennt sich zum Sozialismus, zu dessen humanen und demokratischen Prinzipien, und hilft die Selbständigkeit und Souveränität der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik festigen. Sie betrachtet den Aufbau des Sozialismus als den einzigen möglichen Weg zur dauernden Sicherung der Interessen und Bedürfnisse der Werktätigen. Im Interesse der Werktätigen nimmt sie an der Entfaltung von Gesellschaft und Wirtschaft teil, erstrebt sie die Schaffung der Bedingungen dafür, dass sich die schöpferische Akti-

vität der Werktätigen und ihre Teilnahme an der Leitung und Verwaltung der Gesellschaft in jeder Hinsicht entfaltet... Sie lehnt Faschismus, Rassismus, Antisemitismus und alle Formen der Gewalt ab, die mit der sozialistischen Gesellschaft unvereinbar sind.

Artikel 3. Die tschechoslowakische revolutionäre Gewerkschaftsbewegung betreibt eine selbständige Politik gegenüber den Staats- und Wirtschaftsorganen und ist eine aktive politische Kraft in der Nationalen Front. Sie anerkennt die führende Rolle der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in unserer Gesellschaft und unterstützt ihr Programm, das den Interessen und Bedürfnissen der Werktätigen entspricht»

Diese Bekenntnisse zur Demokratie sind nur Worte, aber sie zeigen doch, dass man im Gegensatz zu früher auf das Denken und Fühlen der Arbeiterschaft Rücksicht nehmen muss, die auf einer Rückkehr zu demokratischen Grundsätzen und einer Abwehr des Diktats von Moskau besteht. Natürlich sind die tschechoslowakischen Verbände, die man zwingt, die undemokratische «führende Rolle» der Kommunistischen Partei anzuerkennen, noch keine freien Gewerkschaften in dem Sinne, in dem wir es verstehen. Aber es ist doch ein ungeheurer Wandel zum Besseren vor sich gegangen, dessen Bedeutung man nicht unterschätzen darf.

J. W. Brügel, London

Die grossen Banken haben immer mehr weibliche Angestellte

Wahl einer «Miss Drive-in-Teller»

Vor kurzem wurde hier ein Schönheitswettbewerb veranstaltet, bei dem eine «Miss Drive-in-Teller» gekürt wurde.

Jedermann weiss, was eine «Miss America» ist: das schönste Mädchen der Vereinigten Staaten, gewählt durch besondere Sachverständige. Ein «Teller» aber ist der Schalterbeamte einer amerikanischen Bank, er kann auch eine Frau sein. Und ein «Drive-in-Teller» ist ein Schalterbeamter, dessen Schalter so plaziert ist, dass die Autofahrer ihre Bankgeschäfte erledigen können, ohne ihren Wagen verlassen zu müssen.

Häufig wird diese Funktion von Mädchen oder jungen Frauen ausgeübt, und in jenem Wettbewerb sollte die hübscheste junge Dame festgestellt werden, die als Schalterbeamtin für Autofahrer tätig ist. In der ersten Woche meldeten sich eintausend Bewerberinnen!

Eine Auswahlmöglichkeit ist jedenfalls gegeben, denn von den 14 500 Banken in den USA haben mehr als 5000 direkte Schalter für den Autofahrer, und viele weibliche Beamte sind an diesen Schaltern tätig.